

Forum Neue Politik der Arbeit

Kurzprotokoll der Jahrestagung am 11.+ 12. März 2011

Neue Wirtschaftsdemokratie und europäische Wirtschaftspolitik

1. Vorbemerkung

Wie immer gibt es auch zu dieser Jahrestagung ein ausführliches Gedächtnisprotokoll der Veranstalter. Es ist auf Basis von Mitschriften erstellt, weist daher z. T. Lücken auf und versucht erst gar nicht, den manchmal etwas sprunghaften Charakter unserer Debatten zu überspielen, hält andererseits aber die Einzelheiten der z. T. auch sehr konzentrierten und fokussierten Debatten fest. Wer also möglichst genau nachlesen will, sei darauf verwiesen. Zusätzlich sind hier auch Inputs und Diskussionen aus den Arbeitsgruppen festgehalten. Für einen raschen Überblick über die Schwerpunkte von Vorträgen und Debatten ist hingegen diese Kurzfassung gedacht, die wir zukünftig immer im kurzen Abstand von vielleicht einem Monat zu unseren Jahrestagungen ins Netz stellen wollen.

2. Kurswechsel: Primat der Politik – Mehr Demokratie in der Wirtschaft

Das Referat von *Martin Allespach* gab einen konzentrierten Überblick über die Debatte und die Weiterentwicklung von Positionen innerhalb der IG Metall seit der Zäsur durch die Weltfinanz- und Weltwirtschaftskrise der Jahre 2008/09. Wichtige Eckpunkte waren: (1) die Charakterisierung und Kritik des Kerns der immer noch vorherrschenden neoliberalen Politik, deren Protagonisten immer noch keinen Grund für ein wirkliches Umdenken sehen, (2) die Hervorhebung der beachtlichen Erfolge gewerkschaftlicher Interventionen zur Beschäftigungssicherung in der Krise sowie der Bedeutung – unbeschadet aller vorherigen Erosionsprozesse – von Mitbestimmungskultur und sozialen Sicherungssystemen in der Bundesrepublik hierfür sowie (3) die Darlegung der Ziele, auf die die seitens der IGM angestoßene Debatte über einen „Kurswechsel für Deutschland“ zielen, also die Forderungen danach,

- dass endlich eine durchgreifender Regulierung der Finanzmärkte erfolge,
- dass die Bundesrepublik als Sozialstaat ihre Aufgaben wieder finden müsse,
- dass dazu ein sozialer und ökologischer Umbau der Industriegesellschaft eingeleitet werden müsse und
- dass im Zuge dieses Umbaus, nicht zuletzt angesichts einer zunehmenden Legitimationskrise der Politik, auch mehr Demokratie in der Wirtschaft durchgesetzt werden müsse.

In der Diskussion wurden diese Grundlinien von Bestandsaufnahme, Kritik und perspektivischen Überlegungen aufgegriffen und zugespitzt. Einige der wichtigsten Aspekte waren dabei:

- Die Betonung der Bedeutung von Machtkonstellationen und Machtfragen. Die Durchsetzung des „VW-Gesetzes für Alle“ sei eine solche Machtfrage. Die Wiederherstellung des Solidaritätsdenkens sei daher von entscheidender Bedeutung.
- Bedenken gegen eine zu einseitige Anknüpfung an die vorhandenen Institutionen der Mitbestimmung. Ein VW-Gesetz für alle schaffe für die Masse der abhängigen Beschäftigten keine erweiterten demokratischen Rechte und sei deshalb allein nur begrenzt mobilisierungsfähig. Man müsse Beteiligung und Demokratisierung von unten stärker akzentuieren und dürfe Problemen unternehmensübergreifender Steuerung und Planung nicht ausweichen.
- Der Hinweis, dass seit Rio 92 zwar viel über nachhaltige Entwicklung gesprochen, aber wenig für den sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft getan worden sei. Bildung und öffentliche Aufklärung seien hier wichtig. Die Gewerkschaften müssten u. a. an ihre eigenen Debatten aus den 1980er Jahren offensiv neu anknüpfen.

3. Markt – Regulierung – Plan: Anmerkungen zu Grundlagen und Erfahrungen demokratischer Wirtschaftssteuerung

Ralf Ptak hat in seinem Vortrag viel Wert darauf gelegt, Klarheit in die unterschiedlichen begrifflichen Vorstellungen von Markt und Plan zu bringen. Um daran anschließend herauszuarbeiten:

- dass es empirisch nie reine Ausprägungen von Markt- oder Planwirtschaften gegeben hat und
- dass ein zentrales Problem der immer herrschaftsgeprägten Debatten zum Thema in der einseitigen ideologischen Überhöhung des einen oder anderen Steuerungsinstruments liege.

Wenn man heute über eine demokratische Wirtschaftssteuerung diskutieren wolle, komme es deshalb sehr darauf an (1) den öffentlichen Sektor massiv zu stärken, (2) Instrumente und Regeln zur Durchsetzung verbindlicher makroökonomischer Zielkorridore zu finden und (3) dazu Märkte als nützliche und unverzichtbare Instrumente zu begreifen und in Bezug auf übergreifende Planungsprozesse Verfahren der Beteiligung aller Akteure zu etablieren. *R. Ptak* hat in diesem Zusammenhang die vorliegenden Papiere von *H. Martens* und *D. Scholz*, *D. Hensche* und *F. Wiethold* als „starke Papiere“ gewürdigt.

In der Diskussion wurden u. a. die folgenden Aspekte stark hervorgehoben:

- Vor dem Hintergrund der fortgeschrittenen Produktivkraftentfaltung der Arbeit (Subjektivierung von Arbeit, Individualisierung) wurde betont, dass im Kontext jeder denkbaren Form demokratischer Wirtschaftssteuerung die Wiederaneignung des Freiheitsbegriffs (vgl. die Spandauer Thesen des FNPA) ein ganz zentraler Punkt sei.
- Zugleich wurden die negativen Aspekte der Durchsetzung eines neoliberal geprägten Individualisierungs- und Freiheitsbegriffs betont, gegen die sich z.B. die Ansätze einer solidarischen Ökonomie in Lateinamerika wendeten.
- Und schließlich wurde auch in dieser Diskussion die Frage nach den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen aufgeworfen. Sie stelle sich ja insbesondere

dann, wenn man den Markt als Instrument aus seiner nur scheinbar zwingenden Verknüpfung mit dem Privateigentum an Produktionsmitteln löse, allerdings auch schon vorher, wenn man die privatwirtschaftliche Planung von Profit (Shareholder Value) offensiv in Frage stelle.

4. Europäische Wirtschaftspolitik in Zeiten der Eurokrise

D. Hirschel hat in seinem Vortrag zunächst die neoliberale Lesart der aktuellen europäischen Währungs- und Wirtschaftskrise skizziert und kritisiert. Ihr zufolge sind die Kapitalmärkte geeignete Indikatoren für eine solide Haushaltsführung der EU-Mitgliedsstaaten, ist die Schuldenkrise Ergebnis laxer Haushaltspolitik bzw. haben die Menschen (abhängig Beschäftigten) in den südeuropäischen Ländern über ihre Verhältnisse gelebt. Er hat daran anschließend die Konstruktionsfehler der Währungsunion hervorgehoben, also: (1) die reine Marktintegration, (2) das Fehlen einer europäischen Finanzpolitik, und (3) einer Koordinierung nationaler Lohnpolitiken sowie (4) die reine Preisstabilitätsorientierung und (5) die unregulierten Kapitalmärkte. Der Vortrag mündet schließlich in eine Kritik der untauglichen neoliberalen Lösungsvorgaben, angesichts derer Südeuropa im Schuldensumpf versinken müsse sowie in die Forderung nach einem politischen Kurswechsel durch eine europäische Wachstumsstrategie (New Deal für Europa, Stimulierung der Binnennachfrage in den Überschussländern, Stopp der Austeritätspolitik).

Die Diskussion zu diesem Vortrag war durch einen besonders großen Konsens gekennzeichnet. Besonders hervorgehoben wurden:

- die Kritik an den öffentlich zunehmend populistisch vorgetragenen neoliberalen „Argumenten“ zur Erklärung und Lösung der Währungs- und Wirtschaftskrisen, verbunden mit dem Hinweis auf wachsende Krisendrohungen auch für die Demokratie,
- Kritik an den institutionellen Demokratiedefiziten in der Eurozone, sowie daran, dass hier Klassenkampf von oben stattfindet und die herrschende Politik sehenden Auges auf katastrophale ökonomische Verwerfungen zusteure, sowie
- Hinweise darauf, dass sich die Widersprüche weiter zuspitzen. Nach dem Rettungsschirm der Schuldenschnitt kommen werde und/oder das Ausscheiden einiger südeuropäischer Länder aus der Währungsunion drohe.

5. Neue Wirtschaftsdemokratie aus der Perspektive von KMU's

J. Mertens berichtete in seinem Vortrag über die jüngere Entwicklung von Optotec, einem Netzwerk von – in der Gründungsphase 1991 sechs, heute 27 Betrieben – vor dem Hintergrund einer heute 220 Jahre zurückreichenden Tradition der Produktion von Linsen und Brillengläsern in Rathenow. Die Betriebe beschäftigen insgesamt ca. 1.300 Menschen - um 1920 gab es in Rathenow, mit damals ca. 20.000 Einwohnern, ca. 5000 Beschäftigte in der Branche -, die beiden größten zusammen 700, die übrigen jeweils bis zu 30. Das Netzwerk wird über Beiträge finanziert – jährlich 5000,- € je Mitgliedsbetrieb. Es wurde in Entstehung und Entwicklung vom Land Brandenburg und von der IGM unterstützt und dient v. a. der Außendarstellung auf Messen, der Marktbeobachtung und Produktentwicklung, aber auch der Kooperation zwischen den Netzwerkpartnern. Leitgedanke des NW ist „aus wirtschaftlicher Verantwortung und sozialer Vernunft“. Es werden durchgängig tarifliche, stellenweise leicht übertarif-

liche Löhne gezahlt. In sieben Unternehmen gibt es einen Betriebsrat. Wirtschaftsdemokratie ist im Netzwerk, aus ökonomischer Sicht, ein Begriff.

Der, im Protokoll ausführlich dokumentierte, Vortrag löste eine ausgesprochen angeregte Diskussion aus, u. a. mit vielen Nachfragen zur Funktionsweise, zur Finanzierung und zu sozialpolitischen und wirtschaftsdemokratischen Ansprüchen der Netzwerkpartner. Einzelne TeilnehmerInnen verwiesen auf eigene Erfahrungen aus Netzwerkforschung, auf Probleme beim Versuch der Stabilisierung von Netzwerken oder auch auf einzelne Beispiele großer und erfolgreicher Initiativen im Ausland, auch wenn es sich dabei im klassischen Sinne nicht um ein Netzwerk handele (Mondragon). Als ein möglicherweise erklärender Faktor für den Erfolg des NW, und zugleich als ein gewisses Alleinstellungsmerkmal, wurde darauf verwiesen, dass Optotec in einem wissenschaftsbezogenen Berufsfeld entstanden sei und auf weit zurückreichenden Traditionen eines „gelehrten Handwerks“ aufsetzen könne.

6. Podium: Ansätze und Perspektiven neuer Wirtschaftsdemokratie

Das abschließende Podium wurde mit der Frage eingeleitet, was heute eine „Wiedergewinnung des Primats der demokratischen Politik“ bedeute. In den Eingangsstatements wurden folgende Akzente gesetzt:

- *D. Hierschel* betonte (1) das Erfordernis einer Demokratisierung aller wirtschaftlichen Ebenen, (2) die notwendige Überwindung der Dichotomie von Markt und Staat sowie (3) die Stärkung einer gemischten Wirtschaft – bei Brechung des Profitstrebens und Nutzung vielfältiger Ansatzpunkte.
- *O. Höbel* verwies (1) auf immer noch geltende programmatische Positionen (IGM) sowie auch das Grundgesetz, betonte (2) dass wir heute aber konzeptionell am Neubeginn einer Debatte stünden und warf (3) die Frage auf, wie man das Thema mehrheitsfähig machen könne.
- *C. Müller-Plantenberg* verwies (1) allgemein und ganz konkret auf Belegschaftsinitiativen und Genossenschaftsgründungen, betonte (2) die Notwendigkeit, sich über übergreifende Ziele von Gemeinwohlorientierung und Freiheit neu zu verständigen und forderte (3) dazu auf, im Zusammenhang mit positiven Beispielen (Spanien – Mondragon-, Lateinamerika) die anderen politischen Rahmenbedingungen zu beachten.
- *U. Stoffregen* unterstützte die Akzentsetzungen von *D. Hierschel*, um dann (1) vor dem Hintergrund der „drei Welten“ im IGM-Bezirk Niedersachsen-Sachsen-Anhalt – mit VW/Salzgitter, Niedersachsen sowie der KMU-Welt nach dem Strukturbruch in Sachsen-Anhalt – für Wirtschaftsdemokratie als offenes Konzept zu plädieren, für dessen Durchsetzung eine Skandalisierung der neoliberalen Politik, gerade auch in vermeintlich modernen Unternehmen, geboten sei.

Die daran anschließende „Generaldebatte“ ist im Protokoll relativ ausführlich dokumentiert und wird hier nicht noch einmal wiedergegeben. Ein zuvor noch nicht angesprochener Aspekt war hier der Hinweis darauf, dass gerade infolge der Produktivkraftentfaltung (moderne Wissensarbeit, Subjektivierung von Arbeit, globale Produktionsräume) auf der Seite der lebendigen Arbeit das Potential für eine Demokratisierung der Wirtschaft immens angewachsen sei. Dieser Aspekt sei auch in den vorbereitenden Papieren zu wenig beleuchtet worden.

Dr. Helmut Martens, Vorstand FNPA e.V.